

Pressemitteilung vom 1.4.2016:

Neuer Verdross im jahrzehntelangen Lerchenberger Fernwärmestreit

Ein in den sechziger Jahren mit der Stadt abgeschlossener und jetzt auslaufender Mantelvertrag sorgte jahrzehntelang für Verdross der Bürger. Ein neuer Vertrag und ein neues Betreiberkonsortium sollten in Zukunft das Ärgernis beenden. Knackpunkt war nicht so sehr der Arbeitspreis sondern ein ganzer Strauß verbrauchsunabhängiger Nebenkosten. Diese machten Fernwärme insbesondere für Wenigverbraucher fast so teuer wie eine elektrische Heizung.

In einer Infoveranstaltung im Januar 2016 zeigte sich der neue Fernwärmelieferant Mainzer Wärme PLUS GmbH kundenfreundlich: Man möchte nicht auf dem Bestandschutz der alten Kundenverträge beharren, den Strauß von Nebenkosten ausmisten, alles soll billiger werden. Die Endkunden sollten ihren Bedarf nach ihren Verbrauchsgewohnheiten bestimmen und dadurch die Grundgebühren beeinflussen können. Für Einfamilienhäuser wurde eine Kostenreduzierung von ca. 150 Euro/Jahr in Aussicht gestellt.

Aber es kommt leider anders. Die Grundgebühr je kW Bereitstellungsleistung wird von 20,31 (2014) auf jetzt 57 Euro erhöht bei wenigstens 8 kW Anschlussleistung, zuzüglich MwSt. Immerhin wird wegen der geplanten Zusammenfassung von zwei Messsystemen der zusätzliche Grundpreis für Warmwasser wegfallen. Aber es wird dennoch so ordentlich zugelangt, dass es für die meisten Kunden spürbar teurer wird. Denn die beabsichtigte thermische Erfassung des Aufheizbedarfs für Warmwasser wird zu einem zusätzlicher Kostenfaktor. Die bisher nicht berechneten Wärmeverluste in den hausinternen Warmwasserzirkulationsleitungen werden mit wenigsten 200 Euro/Jahr durchschlagen. Dazu kommt eine teure Umrüstung des Erfassungssystems zu Lasten des Wärmeversorgers, was betriebswirtschaftlich wieder eingebracht werden muss.

Für Wenigverbraucher ist die verlustreiche Vorhaltung in einem überdimensionierten System völlig unwirtschaftlich. Elektrisch betriebene Durchlauferhitzer oder kleine Druckspeicher wären weitaus ökonomischer und ökologischer, sind aber per Satzung verboten. Ein entsprechender Stadtratsantrag der Fraktion Freie Wähler-Gemeinschaft, den Kunden hier Freizügigkeit zu lassen oder zweispurig fahren zu dürfen, wurde im Stadtrat von CDU und Ampelkoalition abgelehnt.

Kontraproduktiv sind die unverändert hohen oder teurer gewordenen Grundkosten in dem Bemühen der Stadt, die Siedler zu thermischen Sanierungen zu bewegen. Investitionen werden weiterhin wirtschaftlich behindert.

Was ist die Lösung? Aus Sicht der Stadtratsfraktion FREIE WÄHLER-Gemeinschaft muss das Vertragswerk zeitnah verbessert werden. Wenn es denn die Mehrheit des Stadtrates unterstützt...